Stellungnahme der Deutschen DepressionsLiga e.V. zum 13. Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) – Bürgergeld

Kurzfassung

Die Deutsche DepressionsLiga e. V. spricht sich gegen die geplanten Verschärfungen in der Grundsicherung aus, da diese für psychisch erkrankte und langzeitarbeitslose Menschen erhebliche Risiken bergen. Die Reformelemente erzeugen ein Klima des Misstrauens und erhöhen den psychischen Druck auf Betroffene. Besonders problematisch sind verschärfte Mitwirkungspflichten, verpflichtende Vorsprachen sowie die Pflicht zur formellen Rüge gegenüber Vermieterinnen und Vermietern. Die DDL fordert die Bundesregierung auf, die belastenden und potenziell gefährdenden Maßnahmen zurückzunehmen und eine sozialpolitische Ausrichtung zu wählen, die Stabilität, Sicherheit und Respekt in den Mittelpunkt stellt.

1. Position der Deutschen DepressionsLiga e.V.

Die Deutsche DepressionsLiga e. V. spricht sich gegen die geplanten Verschärfungen in der Grundsicherung aus, da diese für psychisch erkrankte und langzeitarbeitslose Menschen erhebliche Risiken bergen. Die DDL fordert die Bundesregierung auf, die belastenden und potenziell gefährdenden Maßnahmen zurückzunehmen und eine sozialpolitische Ausrichtung zu wählen, die Stabilität, Sicherheit und Respekt in den Mittelpunkt stellt.

2. Begründung

Die geplanten Reformelemente erzeugen ein Klima des Misstrauens und erhöhen den psychischen Druck auf Betroffene. Besonders kritisch sind zwei zentrale Punkte:

1. Indirekte oder strukturelle Überprüfungsmechanismen gegenüber psychisch erkrankten Menschen.

Verschärfte Mitwirkungspflichten, verpflichtende Vorsprachen und Fristen wirken belastend und können psychische Erkrankungen verschlimmern. Verwaltungsakte oder persönliche Vorsprachen ersetzen keine qualifizierte Diagnostik und tragen zur

Deutsche DepressionsLiga e.V.
Oppelner Straße 130
53119 Bonn
E-Mail: kontakt@depressionsliga.de
Telefon: +49 228 / 24065772
Website: www.depressionsliga.de

Vorstand
Jürgen Leuther
Ute Trescher
Michael Bergmann
Gabriele Liebermann
Oliver Vorthmann
Heike Marquitan
Jonas Schmidt

Registergericht
Amtsgericht Bonn
VR 11406

Steuernummer
205/5761/2277

Stigmatisierung bei.

2. Die Pflicht zur formellen Rüge gegenüber Vermieterinnen und Vermietern.

Die Mehrheit aller Mieterinnen und Mieter – unabhängig von psychischer Belastung – scheut solche Schritte aus Angst vor Konflikten oder Kündigung. Für Bürgergeldbeziehende birgt dies ein hohes Risiko des Wohnungsverlustes und der Wohnungslosigkeit.

Die Maßnahmen widersprechen den Lebensrealitäten vieler Betroffener und gefährden das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Menschen mit Depressionen, Angststörungen oder chronischen Belastungen erleben bürokratische Hürden und Sanktionen als besonders überfordernd.

3. Forderungen der DDL

- Verzicht auf Regelungen, die psychisch erkrankte Menschen strukturell unter Druck setzen oder implizit verdächtigen.
- Schutz der Wohnsicherheit und Streichung der Vermieterrüge als Voraussetzung für Kostenübernahme.
- Sozialpolitik, die Stabilität, Vertrauen und psychosoziale Unterstützung stärkt.

Bonn, 19. November 2025

Deutsche DepressionsLiga e.V.
Der Vorstand

Deutsche DepressionsLiga e.V.
Oppelner Straße 130
53119 Bonn
E-Mail: kontakt@depressionsliga.de
Telefon: +49 228 / 24065772
Website: www.depressionsliga.de

Vorstand
Jürgen Leuther
Ute Trescher
Michael Bergmann
Gabriele Liebermann
Oliver Vorthmann
Heike Marquitan
Jonas Schmidt

Registergericht
Amtsgericht Bonn
VR 11406

Steuernummer
205/5761/2277